



RUNDBRIEF

2/2025



Installation in der Freiluftausstellung des Museums Tempelhof-Schöneberg, Foto: Jotan Zierep

Inhalt

Vorwort

Sonja Miltenberger S. 2

Einweihung Elisabeth-Schumacher-Park am 18. September 2025

Katja Ostheimer S. 3

„Umbenennen?!” Ausstellungsprojekt zur Geschichte der Berliner Straßennamen

Jotan Zierep S. 7

Nützliche Handreichung oder übergriffige Pädagogik?

Jürgen Karwelat S. 22

„Mit gepackten Koffern: Jugoslawische Gastarbeiter zwischen zwei Welten“

Marijan Karulovski S. 25

Fundstücke

Jürgen Karwelat S. 30

Jenseits des Bolschewismus

Gabriele Frydrych S. 32

Vorwort

Sonja Miltenberger

In dieser Ausgabe geht es vor allem um Straßennamen und deren Sinnhaftigkeit - und nun gibt endlich auch einen Elisabeth-Schuhmacher-Park. Dank des Beitrags von Katja Ostheimer anlässlich der Einweihung wird das Leben und der Widerstand dieser Frau aus der „zweiten Reihe“ geholt. Einen Überblick über die Geschichte der Benennungen von Straßen und Plätzen in Berlin hat sich unser ehemaliger Praktikant Jotan Zierep verschafft, indem er verschiedenste Regionalmuseen der Stadt aufsuchte. Auch Jürgen Karwelat berichtet über eine Ausstellung, in der es um die umstrittene Bezeichnung „Sarotti-Mohr“ geht und stellt am Ende eine interessante Frage zum Umgang mit historischen Tatsachen und dem heutigen Wunsch nach Aufklärung.

Ein ganz anderes Thema spricht Marijan Karulovski an. Er ist der Enkel jugoslawischer Gastarbeiter und führt uns in seinem Beitrag in den Alltag dieser Menschen. Seine persönliche Sichtweise und die Gespräche, die er mit seiner Großmutter führte, machen deutlich, wie lange so ein kultureller Bruch der eigenen Identität dauern kann und was es bedeutet, seine Heimat zu verlassen.

Ein sehr interessantes Dokument aus dem Jahr 1994 fand Jürgen Karwelat. Das Fundstück, wie er es nennt, ist sowohl eine Hommage als auch eine Kritik an die Autorinnen der Dampfergruppe nach der Veröffentlichung des Buches „Immer den Frauen nach“.

Der letzte Beitrag ist sehr viel mehr als nur ein Veranstaltungsbericht. Allein die hohe Besucherzahl macht deutlich, wie verlockend schon der Titel des Buches war, das Rhena Stürmer an jenem Abend vorstellte. Die Geschichte der „Links-Kommunisten“, sprich der KAPD, ist kaum bekannt und die Vorstellung, wie es denen ergangen ist, die der bolschewistischen Sichtweise nicht folgten, machte viele neugierig.

Und – wie in jeder zweiten Ausgabe des jährlichen Rundbriefs möchte ich auf unsere Weihnachtsfeier aufmerksam machen, die am Montag, 15. Dezember 2025, um 18 Uhr in der Goltzstraße beginnt. Dies ist eine herzliche Einladung an alle.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen.

Einweihung Elisabeth-Schumacher-Park am 18. September 2025

Katja Ostheimer

Elisabeth Hohenemser wurde am 28. April 1904 in Darmstadt geboren und wuchs in Straßburg auf, wo ihr Vater als Elektroingenieur bei der AEG arbeitete. Der Vater Fritz Hohenemser stammte aus einer wohlhabenden Bankiersfamilie in Frankfurt am Main und die Familie führte ein finanziell sorgloses Leben. Elisabeth hatte eine glückliche Kindheit. Doch der Vater fiel gleich zu Beginn des Ersten Weltkrieges. Die Mutter zog mit ihren fünf Kindern nach Meiningen in die Nähe ihrer Familie.

Der Lebensstandard war nun deutlich bescheidener.

Elisabeth hätte gern Abitur gemacht und studiert. Doch sie musste einen Beruf erlernen, mit dem sie Geld verdienen konnte. Da sie künstlerisch begabt war, absolvierte sie eine Ausbildung an der Kunstgewerbeschule Offenbach.

1928 kam Elisabeth Hohenemser nach Berlin und studierte Gebrauchsgrafik an den Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst. Dort verliebte sie sich in den angehenden Bildhauer Kurt Schumacher. Und er sich in sie.

Kurt Schumacher wohnte noch bei seinen Eltern in der Gontermannstr. 55 hier in Neu-Tempelhof und Elisabeth war nun häufig bei der Familie Schumacher zu Gast.

Der Vater von Kurt Schumacher arbeitete als Gewerkschaftssekretär und bei den Schumachers wurde viel politisch diskutiert. Für Elisabeth Hohenemser, die bisher völlig unpolitisch war, öffnete sich eine neue Welt. Auf die sie sich aber gern einließ.

Elisabeth Hohenemser wollte nun gern in der Nähe von Kurt Schumacher in Neu-Tempelhof wohnen. Im Januar 1932 mietete sie gemeinsam mit ihrer Schwester Gertrud und deren Freund in der Wiesener Str. 45 drei Zimmer. Doch nach einem halben Jahr, im Sommer 1932, erhielten die Drei die Kündigung – aus politischen Gründen.

Anlass für die Kündigung war, dass sich die WG geweigert hatte, anlässlich von bevorstehenden Wahlen eine Hakenkreuzfahne aus dem Fenster zu hängen.

Es stellte sich heraus, dass die Vermieterin eine Anhängerin der Nazis war und herausgefunden hatte, dass Elisabeth und Gertrud Hohenemser „Halbjüdinnen“ waren und Kurt Schumacher und sein Vater als Kommunisten galten.

Es gab tatsächlich jüdische Vorfahren in der Familie Hohenemser. Aber die christliche Erziehung in ihrem Elternhaus hatte Elisabeth Hohenemser bisher keinen Anlass gegeben, sich damit auseinanderzusetzen. Nun erfuhr sie zum ersten Mal aufgrund ihrer jüdischen Vorfahren eine Ausgrenzung. Das hat sie sehr getroffen.

Im Frühjahr 1933 erlebte sie mit, wie ein guter Freund von Kurt Schumacher, Harro Schulze-Boysen sowie der Vater von Kurt Schumacher aufgrund ihrer politischen Einstellung für einige Zeit in frühe Konzentrationslager verschleppt und dort misshandelt wurden. Sie war entsetzt über die Willkür und Brutalität der Nationalsozialisten und begab sich in Opposition zum Nationalsozialismus.

Aber es gab auch schöne Ereignisse in den nächsten Jahren. Im August 1934 heiraten Elisabeth Hohenemser und Kurt Schumacher und bezogen gemeinsam eine Wohnung im Hansakorso 2 (Heute ist das der Werner-Voss-Damm 42). Kurz nach der Hochzeit schrieb Elisabeth (sie hieß nun Schumacher) in einem Brief:

„ich finde es [...] ganz köstlich, zusammen zu hausen. Dazu die nette Wohnung, die uns täglich Spaß macht, mit Einem zu frühstücken, im Morgensonnenchein auf dem geräumigen Balkon, und dergl. mehr. Also, unberufen!!! es geht uns sehr sehr gut und wir sind vergnügt wie kaum je. Des Morgens hallt ein Gepfeife und Gesinge aus männlicher Kehle durch die stillen Räume - das ist netter für mich als die Geräusche meiner sämtlichen Vermieter von ehedem. Ach ja, sehr, sehr schön ist es.“

Elisabeth Schumacher arbeitete im Deutschen Arbeitsschutzmuseum in Charlottenburg. Das war eine Institution, die in verschiedenen Ausstellungen über die Vermeidung von Unfällen im Arbeitsleben aufklärte. Als „Halbjüdin“ wurde ihr eine feste Anstellung verweigert. Sie arbeitete aber als freie Mitarbeiterin und entwarf Werbeplakate, gestaltete Ausstellungstafeln und beschriftete die Exponate.

Elisabeth Schumacher ließ sich außerdem als Fotografin ausbilden und spezialisierte sich darauf, Kunstwerke zu fotografieren. Dadurch sind einige Kunstwerke ihres Mannes wenigstens fotografisch erhalten geblieben.

Kurt Schumacher machte sich als Bildhauer selbstständig und baute 1935 sein eigenes Atelier hier ganz in der Nähe zwischen Bäumerplan und Gontermannstraße auf einem ehemaligen Laubengelände.

Elisabeth und Kurt Schumacher hatten einen großen Freundeskreis aus Nazigegnerinnen und Nazigegnern, in dem sie offen sprechen konnten.

Gemeinsam unternahmen die Freundinnen und Freunde Ausflüge. Es waren fröhliche Runden, in denen sich aber auch politisch ausgetauscht wurde.

Aus den politischen Diskussionen heraus entstanden Ende der 1930er Jahre erste Flugblätter.

Im Sommer 1939 wurden Elisabeth und Kurt Schumacher um Hilfe für einen Verfolgten gebeten. Es war der Gewerkschafter Rudolf Bergtel, der aus einem KZ geflohen war und sich bis Berlin durchgeschlagen hatte. Er konnte in Kurts Bildhaueratelier wohnen und wurde von Elisabeth Schumacher mit Essen und Kleidung versorgt. Kurt Schumacher, er war ein geübter Bergsteiger, brachte ihn in einer aufregenden Flucht in den Alpen bis an die grüne Grenze zur sicheren Schweiz.

Kurz danach begann das Deutsche Reich den 2. Weltkrieg.

Die jüdischen Verwandten von Elisabeth Schumacher kamen nun noch mehr in Bedrängnis und zunehmend in Lebensgefahr. Elisabeth Schumacher unterstützte und versorgte sie, so gut es ging.

Ostern 1942 versuchte sie gemeinsam mit einem Freund, ihren Onkel Richard Hohenemser und seine Frau Alice in Berlin-Lankwitz vor einem Suizid zu bewahren. Es war ein dramatischer Rettungsversuch, der nicht glückte und der Freund Philipp Schaeffer beim Versuch, sich vom Dach in die Wohnung abzuseilen, abstürzte und schwer verletzte.

Der Freund Harro Schulze-Boysen hatte sich äußerlich gut an das neue System angepasst und arbeitete nun im Reichsluftfahrtministerium. Ein Nazigegner war er immer noch. Auf seiner Arbeitsstelle hatte er bereits zu Beginn des Jahres 1941 von den geheimen Vorbereitungen eines Angriffskrieges auf die Sowjetunion erfahren. Gemeinsam mit einem anderen Nazigegner, Arvid Harnack, wollte er die Sowjetunion warnen. Ein Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Berlin leitete die Informationen nach Moskau weiter.

Unmittelbar vor dem Überfall auf die Sowjetunion, im Juni 1941, schickte Moskau zwei Funkgeräte an die Gruppe, um für die bevorstehende Kriegszeit in Kontakt zu bleiben.

Elisabeth Schumacher nahm ein Funkgerät in der Wohnung im Hansakorso 2 in Empfang und gab es an Hans Coppi weiter. Es gab aber technische Probleme, so dass nur ein Probefunkspruch in Moskau ankam. Über einen abgefangenen Funkspruch aus Moskau, wurden Deutsche Abwehr und Gestapo auf die Berliner Gruppe aufmerksam.

Die vielen anderen Widerstandsaktionen dieser Gruppe, zu der auch Elisabeth Schumacher gehörte, und die z.B. in Flugblättern über die Verbrechen an der Ostfront aufklärte, waren der Gestapo bis dahin nicht bekannt.

Am 12. September 1942 klingelte die Gestapo frühmorgens bei den Schumachers im Hansakorso 2. Elisabeth Schumacher wurde in das Polizeigefängnis am Alexanderplatz eingeliefert. Von vielen Verwandten wurde sie liebevoll mit Päckchen versorgt.

In einem Brief Anfang November 1942 schrieb sie aus dem Gefängnis:

„Ach Ihr Lieben! Wie gern würde ich Euch anders danken als mit solch kümmerlichem Brief! Und Euch trösten. Das Schwerste für mich ist, die Ursache zu so großem Herzeleid gegeben zu haben. Jetzt wo ich die ganze Tragweite erkenne, vor allem für Euch, sehe ich recht das Unrecht ein, daß ich Euch allen angetan habe. Aber ich bitte Euch um das Eine: schämt Euch unser nicht! Ihr wißt, daß wir keine Untermenschen sind, daß wir – Ihr kennt die Zusammenhänge nicht – unserer besten Überzeugung folgten unter Hintenanstellung von Sicherheit, Ruhe und Bequemlichkeit. Daß Ihr nun so schwer darunter zu leiden habt, ist für mich die härteste Strafe und trifft mich viel, viel schlimmer als mein eigenes Schicksal.“

Am 22. Dezember 1942 wurden Elisabeth und Kurt Schumacher im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Ich freue mich sehr, dass es nun eine öffentliche Erinnerung an Elisabeth Schumacher in Berlin gibt. Besonders freut mich, dass ein Park nach ihr benannt wird. Denn Elisabeth Schumacher war eine große Naturfreundin. Und dass es dazu noch ein Park ist, durch den sie auf ihren vielen Weg durch Neu-Tempelhof sicher häufig gegangen ist oder hier Ruhe suchte, ist wunderbar.



Enthüllung der
Gedenktafel für
Elisabeth Schumacher
Foto: Katja Ostheimer

„Umbenennen?!“ Ausstellungsprojekt zur Geschichte der Berliner Straßennamen

Jotan Zierep

Das auf zwei Jahre angelegte Ausstellungsprojekt „Umbenennen?!“ thematisiert die Geschichte der Straßennamen in den Berliner Bezirken. Koordiniert wird das Projekt durch das Aktive Museum Faschismus und Widerstand e.V. sowie den Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen. Das Aktive Museum hat zudem die übergreifenden Bestandteile der Ausstellungen mitkonzipiert. In diesem Beitrag werden fünf Ausstellungen vorgestellt.

Steglitz-Zehlendorf

Die Ausstellung im Gutshaus Zehlendorf thematisiert anhand der Entwicklung des Bezirks Steglitz-Zehlendorf die Benennung von Straßen. Im Fokus stehen dabei die deutsche Kaiserzeit sowie die NS-Zeit. Einerseits beeinflussten während der deutschen Kaiserzeit zielgerichtete Ansiedelungen die Benennung von Straßen. Dies hatte entscheidende Auswirkungen auf die Identität des Bezirks bzw. der ihm untergeordneten Ortsteile. Als Beispiel sei hier zunächst der Ortsteil Dahlem zu nennen, der ab 1900 als Villenkolonie erschlossen wurde. Ursprünglich entschied eine Kommission über die Straßennamen im Stadtteil. Unabhängig von den Wissenschaften hatte diese vor allem identitätsstiftende Personen und Ereignisse des deutschen Kaiserreiches für die Namen im Stadtteil vorgesehen. Als besonders identitätsgebend bezeichnet die Ausstellung allerdings die Ansiedelung von Forschungsinstituten, durch die 1911 gegründete Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.¹ Die Gründer der Forschungsinstitute und Mitglieder der KWG übten einen massiven Einfluss auf die Benennung von Straßen im Stadtteil aus. Von den 150 öffentlichen Straßen und Plätzen sind heute 21 nach Wissenschaftlern benannt. Keine davon nach Frauen.

Als weitere Beispiele werden in der Ausstellung die militärisch geprägten Stadtteile Lankwitz und Lichterfelde genannt. Lichterfelde hatte durch die Eröffnung der Hauptkadettenanstalt im Jahr 1878 eine militärische Tradition erhalten, während Lankwitz im Jahr 1914 zum Garnisonsstandort wurde. In

¹ Kurz: KWG.

diesem Zusammenhang wurden viele Straßen nach militärisch bedeutenden Persönlichkeiten und Ereignissen des deutschen Kaiserreiches benannt. Die militärische Tradition bei der Benennung von Straßen setzte sich auch in der NS-Zeit fort. Hinzu kam allerdings eine ideologische Vereinnahmung des öffentlichen Raumes. Die Ausstellung bezeichnet Steglitz und Zehlendorf als Hochburgen der NSDAP, deren Mitglieder ab 1934 darum bemüht waren, ihrer Ideologie und Vertretern des Antisemitismus ein Denkmal zu setzen.

Gleichzeitig sollten jüdische Namen aus dem Stadtbild entfernt werden. Vorangetrieben wurden diese Bemühungen von Herbert Treff, der Bezirksbürgermeister von Steglitz war, sowie Walter Helfenstein, dem Bezirksbürgermeister von Zehlendorf. Letzterer trieb die Umbenennungen von 1934 bis 1939 flächendeckend voran, indem er um den heutigen S-Bahnhof Mexikoplatz die Straßen eines ganzen Wohnviertels nach Vertretern des Antisemitismus benannte. Dies ist allerdings nicht der einzige Fall, so wurden unter anderem im November 1938 in der neu etablierten SS-Kameradschaftssiedlung² 15 Straßen durch ein Preisausschreiben in der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ benannt. Allerdings setzten die Nationalsozialisten auch ihrer Außenpolitik ein Denkmal. So wurde 1939 die Wannseestraße in Spanische Allee zu Ehren der „Legion Condor“ umbenannt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verlangte die amerikanische Militärregierung eine Beseitigung der mit der nationalsozialistischen Ideologie assoziierten Straßennamen. Der Forderung wurde allerdings nicht in seiner Gänze nachgekommen. In Zehlendorf erhielten 29 Straßen und in Steglitz fünf Straßen ihre alten Namen zurück. Die Mehrheit der Straßen in Steglitz und Zehlendorf hat noch heute ihre Namen aus der Kaiser- und Nazi-Zeit. Zu diesen Namen kamen in den 1980er Jahren verstärkt öffentliche Debatten auf. Hierzu ist in der Ausstellung eine Karte ausgestellt, die zehn Straßen und die sie umgebenden Debatten vermerkt. Als Beispiel sei an dieser Stelle auf den Hindenburgdamm und die im aktuellen Jahr in Betty-Katz-Straße umbenannte Treitschkestraße verwiesen. Der Hindenburgdamm hatte 1914 seinen Namen erhalten, während seit 1945 mit Blick auf die Rolle Hindenburgs bei der Machtergreifung der Nationalsozialisten immer wieder eine Umbenennung gefordert wird. Die Treitschkestraße wurde 1906 ursprünglich nach dem antisemitischen Historiker Heinrich von Treitschke benannt.

² Heute: Waldsiedlung Krumme Lanke.

2022 wurde die Umbenennung beschlossen, bei der neuen Namensgeberin handelt es sich um Betty Katz, die ehemalige Direktorin eines jüdischen Blindenheims in der Steglitzer Wrangelstraße.

Darüber hinaus bietet die Ausstellung Möglichkeiten der Partizipation, indem die Besucher*Innen sich mit den Fragen „Welche Bedeutung haben Straßennamen für sie?“, „Welche Perspektiven fehlen Ihnen im Straßenbild?“ und „Sollte der Hindenburgdamm Ihrer Meinung nach umbenannt werden?“ auseinandersetzen. Die Fragen können mittels Klebezetteln bzw. Klebepunkten (zur statistischen Erhebung des Alters) beantwortet werden. Abschließend werden in einem gesonderten Raum die Ergebnisse des Projekts „Erinnern im Stadtraum“ präsentiert. Dabei haben sich die Schüler*Innen der 10. Klasse des Goethe-Gymnasiums Lichterfelde mit verschiedenen Formen der Erinnerungskultur im öffentlichen Raum auseinandergesetzt.

Die dazugehörige Veröffentlichung „Umbenennen?! Straßenamen und ihre Geschichte im Berliner Südwesten“ ist im Gutshaus Steglitz für 18€, im Buchhandel und in der Berliner Geschichtswerkstatt für 20€ zu erwerben.

Charlottenburg- Wilmersdorf

Die Ausstellung des Museums Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim ist in sieben Abschnitte unterteilt. Diese stellen Umbenennungen von Straßen an verschiedenen Orten in der Region Charlottenburg-Wilmersdorf sowie die jeweiligen Namensgeber*Innen vor. Außerdem setzen sich die Abschnitte mit den individuellen Hintergründen der Umbenennungen auseinander. Jeder Abschnitt steht unter einem eigenen titelgebenden Stich- bzw. Schlagwort. Die in der Ausstellung vorkommenden, derzeit gültigen Straßennamen sind gemeinsam mit den symbolischen Umbenennungen auf einem Stadtplan des Bezirks verzeichnet. Die einzelnen Fälle sollen zeigen, dass öffentliche Erinnerungskultur ein andauernder Prozess ist, dessen Mängel durch öffentliches Bemühen sichtbar gemacht werden können, während die bestehenden Debatten über Straßennamen gleichzeitig Möglichkeiten einer demokratischen Verständigung bieten, die besagte Erinnerungskultur vorantreibt.



Installation in der Ausstellung des Museums Charlottenburg-Wilmersdorf mit Originalschildern
Foto: Jürgen Karwelat

Im Rahmen des Schlagworts „Fairplay“ werden Umbenennungen in der Umgebung des Olympiastadions aufgegriffen. Dieses war im Zuge der Austragung der Olympischen Spiele 1936 eng in die NS-Ideologie eingebunden worden. Die Straßen und Plätze ehrten ideologisch relevante Mediziner sowie Sportler der Deutschen Turnbewegung. Das Olympiagelände als öffentlicher Ort sowie die damit verbundene Architektur führten in den folgenden Jahrzehnten zu Initiativen zur Aufarbeitung und Umbenennung.

Seit den 1980er Jahren wurden entgegen dem Widerstand der Anwohner zwei Straßen in der Umgebung des Olympiastadions umbenannt. 1984 wurde die Stadionallee in Jesse-Owens-Allee umbenannt. Jesse Owens war ein US-afroamerikanischer Athlet und hatte 1936 vier Goldmedaillen gewonnen. Im Februar 1997 wurde die Reichssportfeldstraße in Flatowallee umbenannt. Die Flatowallee ehrt die jüdischen Turner Gustav Felix Flatow und Alfred Flatow, die nach Theresienstadt deportiert wurden.

Daran schließt sich das Thema „Antifaschismus“ an, dessen Inhalte sich mit Ehrungen des Widerstands gegen die Nationalsozialisten und den Erinnerungen an die gewaltsamen Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik im Arbeiterviertel von Charlottenburg auseinander setzen. Die Nationalsozialisten hatten in dem auch als „Kleiner Wedding“ bezeichneten Viertel eine Reihe von Straßen nach „Blutzeugen der Bewegung“ - Menschen, die für die NS-Ideologie gestorben waren - benannt.

Nach dem Krieg war man darum bemüht, Namen, die von den Nationalsozialisten zu Propagandazwecken instrumentalisiert wurden, aus dem Stadtbild zu entfernen. Viele der Umbenennungsvorschläge sollten dabei Angehörige der Arbeiterbewegung und der konservativen Opposition würdigen. Dabei werden vier Personen vorgestellt, die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft wurden und an die heute durch Straßennamen im „Kleinen Wedding“ erinnert wird. In drei Fällen³ handelt es sich um Mitglieder des kommunistischen Widerstands. Im Gegensatz kam Josef Zauritz im Zuge der Machtübernahme der Nationalsozialisten ums Leben. Seinen Tod schrieben die Nationalsozialisten fälschlicherweise den Kommunisten zu und benannten den Zauritzweg nach ihm.

³ Otto Grüneberg, Theodor Haubach und Richard Hüttig.

Der Abschnitt „Frauentag“ behandelt die erinnerungskulturellen Bemühungen der feministischen Bewegung. Im Zentrum steht dabei die im Jahr 1978 formierte Initiativgruppe für ein Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum⁴. Das FFBIZ sollte ursprünglich die Schließung der Helene-Lange-Bibliothek verhindern, agierte allerdings nicht nur als Ort des Bewahrens, sondern auch der Frauenforschung und Frauenbildung. Die Mitglieder des FFBIZ setzen sich darüber hinaus dafür ein, Frauengeschichte im öffentlichen Raum sichtbar zu machen.



Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Foto: Jotan Zierep

Aus den Aktivitäten des FFBIZ ging Anfang der 1980er Jahre der Frauenkoordinationskreis hervor.

Dabei handelte es sich um ein Bündnis von Frauengruppen, Organisationen, sowie weiblichen Einzelpersonen. Der Frauenkoordinationskreis initiierte am 8. März 1989, dem Internationalen Frauentag, eine großangelegte symbolische Umbenennungsaktion auf dem Kurfürstendamm. Dabei wurden die männlich konnotierten Namen der umliegenden Straßen mit den Namen von Frauen überklebt.

⁴ Kurz: FFBIZ.

Im Rahmen des Themas „Emotionen“ werden die Besucher*Innen der Ausstellung über die Kontroverse bezüglich der Umbenennung des Kaiserdamms in Adenauerdamm. Der Kaiserdamm war am 26. April 1967 im Zuge des Todes von Konrad Adenauer in Adenauerdamm umbenannt. Dies löste aus verschiedenen Gründen Proteste von Seiten der Anwohner aus, die eine Rückbenennung in Kaiserdamm forderten. Die Umbenennung hatte eine Vielzahl negativer Emotionen ausgelöst, die sie unter anderem als Traditionsbrech und undemokratisch erachteten. Organisiert hatte den Protest vor allem die Arbeitsgemeinschaft „Kaiserdamm“. Zu jener Zeit waren Straßenumbenennungen, entgegen der gesetzlichen Grundlagen, durch informelle Vereinbarungen zwischen der Regierung und der Verwaltung durchgeführt worden. Bereits vor der Umbenennung, hatte eine Befragung ergeben, dass die deutliche Mehrheit sich dagegen aussprach. Die Proteste waren erfolgreich und so wurde im Januar 1968 der Name Kaiserdamm wiederhergestellt.

Unter dem Schlagwort „Wiederaufbau“ thematisiert die Ausstellung die Namen der Straßen, die im Zuge der Schaffung neuer Wohngebiete während der 1950er entstanden waren. Die Straßen in Charlottenburg-Nord und der Paul-Hertz-Siedlung wurden nach Mitgliedern des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten benannt. Dies erfolgte entgegen dem Umstand, dass die gesellschaftliche Haltung gegenüber dem Widerstand nicht allgemein positiv war. Der Entscheidung waren umfangreiche Debatten zwischen der Bezirksverordnetenversammlung⁵, dem Bezirksamt und dem Senat vorangegangen, die sich mit Fragen über Zuständigkeiten und Erinnerungspolitik auseinandergesetzt hatten. In den 1980er Jahren wurden im Zuge der Forderung nach Entmilitarisierung des Stadtbildes durch die Friedensbewegung auch die Straßennamen mit Bezug auf den Widerstand kritisch betrachtet.

In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass nur wenige Straßen an Frauen erinnerten, die gegen die Nationalsozialisten gekämpft hatten. Darüber hinaus wurde darauf verwiesen, dass auch innerhalb des Widerstands antisemitische Verbindungen bestanden. Dem Mangel an im Straßenbild sichtbarer Erinnerung an Frauen, die Opfer der Nationalsozialisten wurden bzw. im Widerstand gekämpft hatten, sollte im April 1989 durch eine Entscheidung der BVV entgegengewirkt werden. Konsequent umgesetzt wurde das Vorhaben allerdings nicht, da nur eine der zu jener Zeit für eine Umbenennung in Frage

⁵ Kurz: BVV.

kommenden Straßen nach einer Frau, Emily Zehden, benannt wurde. Mit dem Stichwort „Einbahnstraße“ greift die Ausstellung am Beispiel der Erinnerung an Walter Benjamin die Debatte über rechte Räume auf. Der Plan, Walter Benjamin mit der Widmung einer Straße zu ehren, geriet in den öffentlichen Diskurs, als während der 1990er Jahre eine Welle von Umbenennungen mit seinem 50-jährigen Todestag zusammenfiel. Im Zuge dessen wurde auch über Walter Benjamins Position in der Erinnerungskultur debattiert. Ausgelöst wurde die Umbenennungswelle durch das Erstarken rechtsradikaler Parteien sowie ähnliche Entwicklungen im Osten von Berlin. Ebenfalls in Diskurs rückten so antisemitische Kontinuitäten. Ursprünglich hatte man geplant, ihm den Seebergsteig⁶ zu widmen. Der Plan scheiterte allerdings 1996 am Widerstand der Anwohner.

Stattdessen wurde Walter Benjamin im Frühling des Jahres 2000 ein eigentlich in Privatbesitz befindlicher Platz gewidmet. Die Widmung des nichtöffentlichen Platzes, gilt als umstritten.

Das Schlagwort „Koloniales Erbe“ überschreibt in der Ausstellung die Umbenennungen von Straßen, deren Namen in einem kolonialen Kontext stehen. Initiativen mit unterschiedlichen Hintergründen bemühen sich seit vielen Jahren um eine Korrektur entsprechender Straßennamen. Die damit verbundenen Debatten haben eine kritische Aufarbeitung von kolonialem Unrecht vorangetrieben. Seit 2020 sind koloniale Bezüge Teil der Kriterien für Umbenennungen des Berliner Straßengesetzes. Als Beispiel dient dabei die 2022 erfolgte Umbenennung der Wissmannstraße im Grunewald. Ursprünglich war sie nach Hermann von Wissmann benannt. Den Beschluss für die Umbenennung hatte die BVV bereits im Jahr 2020 gefasst. Für den neuen Namen hatten Bürger*Innen und Initiativen Namenvorschläge eingereicht, aus denen dann durch eine Jury ein Vorschlag erarbeitet wurde, dem die BVV im Mai 2021 stattgab. Als neuer Name wurde Baraschstraße beschlossen, nach Irene und Arthur Barasch, einem jüdischen Ehepaar, das mit den gemeinsamen Kindern dort gelebt hatte. Am 27. Februar 2022 erfolgte mit einem Festakt die offizielle Umbenennung der Wissmannstraße in Baraschstraße. Dem Festakt wohnte auch ein Nachfahre der Familie Barasch bei, dessen Anreise aus den USA durch die Anwohner*Innen-Initiative Öffentlicher Bürgergarten der Erinnerung ermöglicht wurde.

⁶ Seit 2006: Toni-Lessler-Straße.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden die Besucher*Innen der Ausstellung um Mithilfe bei der Suche von Informationen und Materialien zur Benennung bzw. Umbenennung von Straßen gebeten. Darüber hinaus sind sie dazu eingeladen, sich an einer Gedankenreise zu beteiligen. Dabei werden für ein fiktives Straßenviertel neue Straßen- und Ortsnamen gesucht. Die Besucher*Innen können ihre Ideen mit Klebezetteln an der ebenfalls zur Verfügung gestellten Karte befestigen. Ebenfalls Teil der Ausstellung ist eine Videoaufnahme der Kunstaktion „Straßennamen. Und wir? Eine Kunstaktion zu Straßenumbenennungen“ aus dem Juli 2025. Im Rahmen des Projektes haben sich Schüler*Innen aus Charlottenburg-Wilmersdorf mit dem Thema Straßennamen auseinandergesetzt.

Tempelhof-Schöneberg: „Fliegerviertel“- ein umstrittenes Erbe

Bei der Ausstellung am Informationsort Schwerbelastungskörper handelt es sich um eine Freiluftausstellung. Begleitet wird sie durch künstlerische Installationen sowie einem im Innenraum des Schwerbelastungskörpers gezeigten Ausschnitt des Films „The View from Our House“. Die Ausstellung informiert chronologisch über die Geschichte der Straßennamen in der 1911 entstandenen Wohnsiedlung Neu-Tempelhof. Die Wohnsiedlung lag auf dem Westteil des zu dieser Zeit militärisch genutzten Tempelhofer Feldes. Die Straßen in der Wohnsiedlung wurden bei der Planung nach deutschen Adelsgeschlechtern und Bundesstaaten benannt. Im Jahr 1930 begann die Militarisierung der Straßennamen in der Wohnsiedlung, besonderer Fokus galt dort der Luftfahrt. Sie geschahen vor dem Hintergrund der militärischen Tradition des Stadtteils. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten kam es 1936 im Zuge der Gründung der Luftwaffe zu einer weiteren Militarisierung der Straßennamen. Am 21. April 1936 wurden mit einem Festakt 16 Straßen in der Wohnsiedlung Neu-Tempelhof nach verstorbenen Kriegspiloten des Ersten Weltkrieges benannt.

Dies diente, wie auch in anderen Bezirken, der ideologischen Vereinnahmung des öffentlichen Raumes. In diesem Zusammenhang sollten die Piloten, darunter auch Manfred von Richthofen, als Helden und Vorbilder gefeiert werden, während die Luftwaffe in eine glorreiche Tradition eingeordnet werden sollte. Zudem sollte die Bevölkerung auf einen neuen Krieg eingestimmt werden.



Museum Tempelhof-Schöneberg, Foto: Jotan Zierep

Nach 1945 sollten die Straßennamen in der Wohnsiedlung Neu-Tempelhof entnazifiziert und entmilitarisiert werden. Geplant war es, die Straßen nach pazifistischen Literaturschaffenden zu benennen und die Wohnsiedlung so in ein Friedenviertel umzuwandeln. Der Plan scheiterte an bürokratischen Hindernissen und es erfolgte lediglich eine Umbenennung. 1949 wurde die Immelmannstraße in Dudenstraße umbenannt. Andererseits wurde 1957 mit der Udetzeile, eine zuvor unbenannte Straße nach einem Kampfpiloten benannt. Im Zuge der Geschichtswerkstättenbewegung der 1980er Jahre wurde auch eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit forciert. Als Folge erhielten die Straßennamen in Neu-Tempelhof verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit, während immer wieder erfolglos Anträge auf Umbenennung gestellt wurden. Als Beispiel sei hier ein Antrag des Kinder- und Jugendparlaments Tempelhof-Schöneberg aus dem Jahr 2015 zu nennen. Darin sollten alle nach Kampfpiloten benannten Straßen umbenannt werden. Der Antrag scheiterte, da er vor der BVV keine Mehrheit erhielt. Dennoch konnte der militärischen bzw. nationalsozialistischen Ausrichtung der Straßennamen in Einzelfällen entgegengewirkt werden.

So wird mit der im Jahr 2012 eingeweihten Hertha-Block-Promenade einer Widerstandskämpferin gedacht. Bis heute verfügt das Gebiet von Neu-Tempelhof über die größte Anzahl von Straßennamen aus der Zeit des Nationalsozialismus in Berlin.

Lichtenberg: „Nicht nur Lärm und Rauch im Industriebezirk“

Die Ausstellung im Bezirksmuseum Lichtenberg setzt sich mit den verschiedenen, das Benennen und Umbenennen von Straßen umgebenden Thematiken auseinander. Der erste Abschnitt setzt sich mit Fakten zu Lichtenberg sowie der Geschichte auseinander. Gegründet wurde der Bezirk, als 2001 die Bezirke Lichtenberg und Hohenschönhausen zusammengelegt wurden. Lichtenberg als Dorf entstand im 12. Jhd. und war seinerzeit dem Kreisgebiet Niederbarnim zugeordnet. Ein Zeitstrahl zeigt überblickhaft die Geschichte Lichtenbergs, während eine dazugehörige Karte die Entwicklung der Ortsgrenzen zeigt. Neue Straßennamen wurden häufig in thematischen Gruppen vergeben und hatten verschiedenste Bezüge. Besonderes Augenmerk richtet der Abschnitt auf die Namen von Personen. So wird anhand von mehreren Beispielen näher auf lokale Persönlichkeiten eingegangen, die Lichtenberg und seine Entwicklung seit der Entstehung beeinflusst haben. Historische Persönlichkeiten sind allerdings nicht die einzigen Personen, deren Namen im Straßenbild Lichtenbergs vertreten sind, wie eine Grafik zur Verteilung personenbezogener Straßennamen in Lichtenberg und Hohenschönhausen veranschaulicht. Darüber hinaus setzt sich der Abschnitt mit drei die Straßennamen in der Region Lichtenberg betreffenden Anekdoten auseinander. Dabei werden Gegebenheiten zu Straßen aufgegriffen, die mit dem Vornamen einer Person benannt sind, aber keine explizite Person ehren. Außerdem sind die Besucher*Innen dazu eingeladen zu raten, wann in Lichtenberg und Hohenschönhausen die meisten Straßennamen vergeben wurden. Zur Markierung der eigenen Antwort auf den hochklappbaren Infotafeln stehen Klebepunkte zur Verfügung.

Der darauffolgende Abschnitt beschäftigt sich mit den - inzwischen hinterfragten - Neu- und Umbenennungen in der DDR. Unmittelbar nach dem Krieg waren diese zunächst spontan erfolgt, während es im Zuge der Neubauprojekte der 1970er Jahre zu einem koordinierten Vorgehen kam. Die Neubenennungen und Umbenennungen von Straßen und Plätzen waren von Anfang an ideologisch motiviert, um kommunistischen Widerstand in das Straßenbild einzuschreiben. Als Beispiel dient hierfür die „Rote Kapelle“. Die Ehrungen erfolgten um die Frankfurter Allee herum und wurden durch das Ministerium für Staatssicherheit vorangetrieben.

Es wird in Lichtenberg, wie auch in vielen anderen Bezirken, darauf verwiesen, dass ein deutlicher Mangel an Straßen herrscht, die nach weiblichen Mitgliedern des Widerstands benannt sind. Seit 2003 ist man darum bemüht, diesen Umstand zu revidieren. Ebenfalls aufgegriffen wird der Fall der Weitlingstraße, zu der in einem Bericht aus der DDR-Zeit behauptet wurde, sie sei nach dem Antifaschisten Wilhelm Weitling benannt, obwohl ihre Benennung eigentlich im Jahr 1938 erfolgte und den Maulbeerzüchter Johann Ludwig Weitling ehrt. An beiden Beispielen wird versucht zu zeigen, wie es zum Hinterfragen der durch die Straßennamen propagierten Heldenbilder kam. Angemerkt wird darüber hinaus, dass die Mehrheit der Straßen in der DDR nach Orten und Naturgegebenheiten benannt war. Ein weiteres Thema der Ausstellung sind strittige Umbenennungen in der Gegenwart. Im Fokus steht dabei die 2023 erfolgte Benennung des namenlosen Bahnhofvorplatzes nach Eugeniu Botnari. Botnari war dort 2016 Opfer rassistischer Gewalt geworden. Diesbezüglich stellt die Ausstellung die Frage „Wofür sollen wir Menschen ehren?“. Der Eugeniu-Botnari-Platz wurde als Zeichen gegen rassistische Gewalt benannt und teilweise kritisiert.

Der letzte Abschnitt der Ausstellung befasst sich zunächst mit der Rückbenennung der Möllendorfstraße im Jahr 1991. Als eine Auseinandersetzung mit den Spuren des Kolonialismus wird die bis heute bestehende Kraetkestraße⁷ genannt. In der DDR hatte man sich bereits früh gegen das Erbe der deutschen Kaiserzeit, des deutschen Imperialismus und des Kolonialismus gewandt. Darüber hinaus wird auf bis heute erhaltene koloniale Spuren am Tierpark eingegangen. Als Beispiel wird Benjamin Raule genannt, der 1682 die Brandenburgisch-Africanische Compagnie (BAC) gründete und das Schloss Friedrichsfelde erbaut hatte. Außerdem wird Heinrich Dathe genannt. Der Gründer des Ostberliner Tierparks war ein frühes Mitglied der NSDAP.



Ausstellungstafel im Bezirksmuseum Lichtenberg
Foto: Jürgen Karwelat

⁷ Benannt nach Reinhold Kraetke, einem Staatssekretär des Reichspostamtes.

Er wird als Sympathieträger und Gesicht des Tierparks bezeichnet, der sich allerdings für den Erwerb von Objekten auch kolonialer Strukturen bedient habe.

Darauf folgt am Beispiel von Straßen, die nach Figuren des Nibelungenlieds benannt sind, die Frage, ob man sich bei alten Sagen an das Werk selbst oder seine Interpretation erinnern soll. Richard Wagners Werk „Die Nibelungen“ wurde von den Nationalsozialisten instrumentalisiert. Dies führte in der DDR zu Kritik an den bestehenden Straßennamen. Die Kritik wurde allerdings seinerzeit zurückgewiesen, da ein Werk unabhängig von seiner Interpretation zu betrachten sei. Danach werden die Besucher*Innen über die juden- und frauenfeindlichen Äußerungen von Junker Jörg⁸ informiert. In diesem Zusammenhang wurden sie dazu aufgefordert, sich Gedanken darüber zu machen, wie dies die Ehrung von bedeutenden Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit beeinflussen kann. Mit einem Klebepunkt können Besucher*Innen ihre Meinung in einer der fünf Kategorien äußern. Abschließend wird kenntlich gemacht, dass viele Straßen in Berlin auch weiterhin antisemitische Bezüge haben, Umbenennungen allerdings nicht die einzige Lösung sind. Wie auch schon in den Ausstellungen zuvor wird die Kontextualisierung als Lösung vorgeschlagen. Dabei wird betont, dass Nachbarschaften und Politik gemeinsam über derartige Straßennamen diskutieren sollen, um so Perspektivwechsel zu ermöglichen.

Marzahn-Hellersdorf: „Geschichte auf offener Straße“

Die Ausstellung im Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf ist auf drei Räume verteilt. Dabei sind dem bezirksspezifischen Teil zwei Räume gewidmet. Deren Inhalte sind chronologisch angeordnet. Raum 1 setzt sich mit den Umbenennungen während der Bildung Groß-Berlins in den 1920er Jahren bis zur Nachkriegszeit auseinander. Zunächst hatte die Eingemeindung der Bauerndörfer des heutigen Bezirks Marzahn-Hellersdorf in den 1920er Jahren auch dort zu einer Doppelung von Straßennamen, so etwa der Dorfstraße, geführt, wodurch Umbenennungen erforderlich wurden. Die neuen Straßennamen wurden dabei durch Zugezogene beeinflusst, die ein Interesse an Ortsgeschichte entwickelt hatten. Einige davon waren bereits im 18.Jhd. nach dem Aufruf von Friedrich II. in die Region gezogen.

⁸ Martin Luthers Deckname auf der Wartburg

Heute sind vier Straßen im Bezirk nach Familien aus dieser Gruppe benannt. Dies ist ein Umstand, der sich identitätsstiftend auf die sich in den 1930ern zum Wohnort entwickelnde Region auswirkte. Während dieser Zeit wurde das ursprünglich landwirtschaftlich genutzte Gebiet aufgeteilt und verkauft. Auch in Marzahn und Hellersdorf kam es unter den Nationalsozialisten zur Umbenennung von Straßen, deren Namen mit ihren Werten in Widerspruch standen und nach Juden benannt waren.

In diesem Zusammenhang wurden viele Straßen nach bedeutenden Ereignissen aus dem Ersten Weltkrieg oder Parteimitgliedern benannt. Als Beispiel sei hier auf die Lassallestraße, benannt nach Ferdinand Lassalle, einem Arbeiterführer, verwiesen, die am 25. Oktober 1933 in Thimmstraße umbenannt wurde. Erich Thimm, der geehrte, gehörte zu einer Gruppe, die als „Kämpfer der Bewegung“ bezeichnet wird. Straßennamen wurden arisiert. Darüber hinaus wurden in Biesdorf viele Straßen unter dem nationalsozialistischen Verständnis der „Bauern als Blutquelle des deutschen Volkes“ und diente der Vereinnahmung bäuerlicher Traditionen benannt. Als Beispiel wird der Erbhofweg genannt, dessen Name Bezug auf das Reichserbhofgesetz⁹ vom 29. September 1933 nimmt. Nach dem Krieg wurde auch im damaligen Bezirk Lichtenberg¹⁰ für eine Vielzahl von Straßen die Umbenennung beschlossen. Darunter waren drei auf dem Gebiet des heutigen Marzahn-Hellersdorf. Darunter war unter anderem die Billungstraße¹¹, die in Hannsdorfer Straße umbenannt wurde.

Raum 2 thematisiert die Benennungen und Umbenennungen von Straßen in der DDR sowie in den 1990er Jahren nach der Wiedervereinigung. In der DDR war es zwischen 1975 und 1989 zu einem umfangreichen Siedlungsbauprojekt in Marzahn-Hellersdorf gekommen, bei dem ca. 100.000 neue Wohnungen sowie Infrastruktur geschaffen wurden. Im Zuge dessen wurden 163 neue Straßen angelegt. Die Mehrheit davon wurde im Rahmen der durch Erich Honecker vorangetriebenen Heimatpolitik nach Orten in der DDR benannt. Damit sollte ein neues Identitätsgefühl geschaffen werden und die Bürger*Innen an die DDR als Heimat gebunden werden. Darüber hinaus diente es der Stärkung der DDR als Nationalstaat.

⁹ Damit konnten Erbhöfe weder verkauft noch mit Schulden belastet werden. Dies sicherte den Besitzern, die arischer Herkunft sein mussten, die Lebensgrundlage.

¹⁰ Zu dem bis 1979 die Ortsteile Marzahn, Hellersdorf, Biesdorf, Mahlsdorf und Kaulsdorf gehörten.

¹¹ Ursprünglich benannt nach Hermann von Billung, einem Herzog von Sachsen, der im Zuge seiner Rolle bei der Unterwerfung slawischer Stämme im 10. Jhd. den Nationalsozialisten als Vorbild für ihre Expansionspolitik im Osten diente. Zwischen 1948 und 1970 wurden in Marzahn-Hellersdorf 25 Straßen umbenannt.

Derartige Bemühungen spiegelten sich auch in den Liedern und dem Lehrplan der DDR wider. Unter Berücksichtigung der DDR-Heimatpolitik findet auch die Allee der Kosmonauten Erwähnung. Benannt wurde sie zu Ehren des ersten Weltraumflugs eines deutschen und eines sowjetischen Kosmonauten im August 1978. Der nach ihrer Rückkehr erfolgte Besuch sowie der Weltraumflug selbst in Ostberlin wurden öffentlich inszeniert. Auf diese Weise sollte der Zukunftsglaube an die DDR gestärkt sowie die Überlegenheit gegenüber der BRD demonstriert werden. Allerdings wurden viele Straßen auch nach Mitgliedern des kommunistischen Widerstandes und DDR-Politikern benannt.

Nach der Wiedervereinigung kam es von 1990 bis 1995 zu einer Reihe von Umbenennungen mit dem Ziel, Symbole der SED-Diktatur zu entfernen. Erschwert wurden die Umbenennungen, da es sich bei einigen der DDR-Persönlichkeiten, die man mit der Widmung eines Straßennamens geehrt hatte, auch um Mitglieder des kommunistischen Widerstandes gegen die Nationalsozialisten handelte. Dies führte zu heftigen Debatten über die Neubewertung von Straßennamen, im Zuge derer ein lediglich als Rahmen dienender Kriterienkatalog veröffentlicht wurde. Demnach sollten unter anderem Namen von aktiven Gegnern der Demokratie und relevanten Wegbereitern von kommunistischen Unrechtsregimen (z.B. der DDR) aus der Zeit von 1945 bis 1989 entfernt werden. Bezuglich der Neubewertung von Straßennamen wurden in den 1990er Jahren Kommissionen eingerichtet. Dabei wurden die Anwohner*Innen dazu aufgerufen, sich an den Debatten zu beteiligen und Vorschläge einzureichen. Die Bürgerbeteiligung und Arbeit der Kommissionen sollte der BVV als Grundlage für ihre Entscheidungen dienen. In vielen Fällen wurde bei Straßen, die man während der DDR umbenannt hatte, der ursprüngliche Name wiederhergestellt. So etwa im Fall der Ceciliestraße, die während der DDR Albert-Norden-Straße hieß. Albert Norden war maßgeblich an der Braunbuch-Kampagne beteiligt gewesen. Dennoch kam es auch zu Neubenennungen, so wurde die Alexander-Abusch-Straße in einem Akt gesellschaftlicher Gerechtigkeit in Peter-Huchel-Straße umbenannt. Alexander Abusch war Kultusminister in der DDR gewesen und hatte zur öffentlichen Verurteilung von Peter Huchel beigetragen. Darüber hinaus war die Stadtverwaltung darum bemüht, Umbenennungen aus der Zeit der Nationalsozialisten rückgängig zu machen.

Am 8. Mai 1995 führte der Sozialstadtrat Uwe Klett die symbolische Wiederherstellung von acht ursprünglich nach jüdischen Personen benannten Straßen durch. Darunter war eine Mendelsohnstraße, benannt nach Felix Mendelssohn Bartholdy, die am 16. Mai 1938 einer „Arisierung“ zum Opfer gefallen war. Eine offizielle Wiederherstellung der ursprünglichen Namen scheiterte zwar am Widerstand der Anwohner, allerdings konnte das Anbringen von Ergänzungsschildern erwirkt werden. Im Zentrum der kritischen Neubewertung von Personen, nach denen Straßen benannt sind, stehen häufig historische Erkenntnisse und die Neubewertung ihrer Schriften. Als Beispiele greift die Ausstellung die Debatten um Bruno Baum und Ernst Moritz Arndt auf. 1992 hatte sich die BVV gegen die Umbenennung der Bruno-Baum-Straße ausgesprochen. Als Grund wurde eine andauernde Würdigung Baums als Widerstandskämpfer und Überlebender des KZ Auschwitz angegeben. Neuere Erkenntnisse ergaben allerdings, dass Baum sich als Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin für eine harte Bestrafung des Volksaufstands des 17. Juni 1953 eingesetzt hatte. Die Erinnerung an die Opfer löste eine kritische Neubewertung von Bruno Baum aus. Ähnliches gilt für Ernst Moritz Arndt, der als Vorkämpfer der parlamentarischen Demokratie gefeiert wird und nach dem in ganz Deutschland Straßen benannt sind, obwohl er sich in seinen Schriften gewaltverherrlichend und erkennbar antisemitisch äußert. Daher wurde 2022 die Umbenennung der im Ortsteil Mahlsdorf befindlichen Arndtstraße gefordert.

Im partizipativen Teil der Ausstellung werden die Besucher*Innen dazu eingeladen, selbst Straßennamen vorzuschlagen und ihre Wertschätzung für die Vorschläge anderer Personen durch grüne Klebepunkte mitzuteilen. Dem vorangestellt ist allerdings der Hinweis, dass Straßennamen als Verweis auf Leerstellen der Erinnerung dienen können, da ein Mangel an Repräsentation bestimmter Gruppen impliziert wird. Menschen mit Migrationshintergrund, queere Geschichte und Frauen haben bisher kaum Berücksichtigung bei der Benennung von Straßen gefunden. Weniger als 6 % aller Straßen im Bezirk sind nach Frauen benannt. Die BVV entschied 2012 zukünftig Straßen bevorzugt nach Frauen zu benennen. Die vom Bezirk erstellte Liste enthält viele Leerstellen, so beinhaltet sie hauptsächlich weiße, heterosexuelle Frauen aus Europa. Abschließend ist festzustellen, dass öffentliche Erinnerung, öffentliche Diskurse der Repräsentation und Straßennamen auch in Zukunft eng verbunden sein werden.

Nützliche Handreichung oder übergriffige Pädagogik?

Jürgen Karwelat

Seit einiger Zeit scheint es einen neuen Trend in der Museumspädagogik zu geben. Problematische oder als unangemessen angesehene Worte oder auch Fotos werden halb unkenntlich gemacht, verhüllt oder auch durchgestrichen. Wenn es die AusstellungsmacherInnen ganz besonders gut meinen, werden auch noch gleich die inkriminierten Worte und Begriffe durch eine Zusatzinformation aufgelistet und ihr Unrechtsgehalt besonders erläutert.

Einigermaßen überrascht war ich, als ich im September 2025 im Tempelhof Museum in Marienfelde die Ausstellung „Schokolonialismus – Sarotti in Tempelhof“ besuchte. Die informativ gestaltete Ausstellung widmete sich bestimmten Aspekten der kolonialen Geschichte der Schokolade am Beispiel der Firmengeschichte der „Confiseur-Warenhandlung Felix & Sarotti“, die ab 1892 am Mehringdamm 55 in Kreuzberg Schokoladenprodukte herstellte. Dort, wo sich heute die Sarotti-Höfe mit einem Hotel und einem Café befinden, wuchs die Belegschaft bis 1900 auf 1000 Personen an. Im Innenhof kann man heute eine sehr große Sarottiwerbefigur als Wandmalerei bewundern. 1913

bezog die Firma den neuen Fabrikkomplex in der Teilestraße 13-18 in Tempelhof, direkt am Teltowkanal. In den 1920er Jahren wurde das Unternehmen von der Schweizer Firma Nestlé übernommen. Gleichzeitig stieg es mit 2000 Mitarbeitenden zu einer der größten Produktionsstätten für Schokolade in Europa auf. 2003 wurde die Schokoladenproduktion in Tempelhof eingestellt. Die historischen Fabrikgebäude stehen unter Denkmalschutz.



Der Mohr enthüllt
Foto: Jürgen Karwelat

Um 1900 war das Deutsche Reich einer der bedeutendsten Importeure für Rohkakao. Sarotti bezog einen Teil seines Rohkakaos aus den deutschen Kolonien in Afrika. Ausdrücklich wird in der Ausstellung Kamerun genannt. Es wird der Weg des Kakaos vom Luxusgut zur bis heute sehr beliebten Massenware geschildert, die um 1900 als wertvolles Produkt in den „Kolonialwarenläden“ angeboten wurde. Die Ausstellung schlägt den Bogen vom Siegeszug der Schokolade in die deutschen Haushalte zur Situation der Schwarzen Menschen in Deutschland seit Anfang der 1920er Jahre bis in die heutige Zeit.

Es wird die These aufgestellt, dass die Etablierung der berühmten Sarotti-Figur als beliebte Werbemarken genauso Ausdruck und Folge eines rassenideologisch begründeten Kolonialismus ist wie die Entrechtung, Ausgrenzung und Gewalt, die Schwarze Menschen zu dieser Zeit erlebten.

Einer der zentralen Sätze der Ausstellung und der Begleitpublikation lautet: „Bis heute sehen viele weiße Menschen in der Sarotti-Figur eine harmlose Werbemarken. Für zahlreiche Schwarze Menschen trägt sie hingegen zu ihren Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung bei.“

Die Macherinnen der Ausstellung scheinen von der Kraft der Darstellung der Werbefigur so überzeugt zu sein, dass sie darauf verzichtet haben, eine plastische Figur aufzustellen, obwohl, wie eine Stichprobe im Internet zeigt, solche Objekte zu einem nicht allzu hohen Preis (20 bis 350 Euro) angeboten werden. Es wird zwar berichtet, dass die Firma Stollwerk GmbH im Jahr 2004 nach Kritik die Werbefigur zum „Magier der Sinne“ verändert habe, die alte Werbefigur und die neue Werbefigur sich aber zum Verwechseln geähnelt habe. Das hätte ich gern selbst überprüft. Entsprechende Objekte werden aber leider nicht gezeigt. Die Werbefigur, die in den 1960er Jahren in Deutschland noch als „Sarotti Mohr“ als eine der bekanntesten Werbefiguren bekannt war, ähnlich dem „HB-Männchen“, der Milka-Kuh, „Klementine“ für das Waschmittel Ariel, dem „Malboromann“ und „Herrn Kaiser von der Hamburg-Mannheimer“, suchen wir in der Ausstellung vergeblich. Auch im begleitenden Katalog finden wir die Figur nur in einer kleineren Abbildung, bzw. in zerlegter und „auseinandergenomme(r)“ Form. Die Idee ist gut, sie wäre noch besser, wenn die zusammengesetzte Form der Werbefigur ebenfalls abgebildet worden wäre.

Damit man sich nicht erschreckt, bzw. man wissen soll, welche Bilder und Worte die AustellungsmacherInnen für kritikwürdig halten, sind zahlreiche Fotos und Texte in der Ausstellung durch kleine Tücher verhüllt, so dass es etwas Mühe macht, nach Lüften der Verhüllung die Fotos aus Kamerun, von Schaufenstern mit Sarottischokolade, Druckplatten und Werbeplakate anzusehen. Netterweise sind im hinteren Teil der Begleitpublikation die inkriminierten Ausstellungsstücke auch unverhüllt abgebildet.

Die Spitze dieser pädagogischen Ratschläge bildet aber die Bearbeitung von in der Ausstellung dargestellten Originaldokumenten aus den 1920er Jahren.



Der zerlegte Sarotti Mohr
Foto: Jürgen Karwelat



Die verhüllte Ausstellung
Foto: Jürgen Karwelat

Die MacherInnen haben offensichtlich die Originaldokumente (ein Zeitungsartikel von der BZ am Mittag vom 24. Mai 1921 und handschriftliches Schreiben eines Ministerialrats Meier aus dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete vom 7. November 1927) kopiert und dann die beanstandeten Worte im Faksimile des Zeitungsartikels durchgestrichen. Dasselbe wurde im handschriftlichen Schreiben des Herrn Meier vorgenommen. Das Ganze wirkt nun besonders verstörend, da der Zeitungsartikel von Ludwig M`bebe Mpessa, bekannt unter seinem Schauspielernamen Louis Broy, stammte. Der Schauspieler beschwerte sich im Namen des afrikanischen Hilfsvereins darüber, dass die Deutschen

Vorurteile gegen die aus den deutschen Kolonien stammenden Schwarzen hegen würden. Die vom Leserbriefschreiber benutzten und nun inkriminierten durchgestrichenen Worte waren „Schwarze Schmach“ (Anscheinend ein Ausdruck für die in der französischen Armee dienenden Schwarzen, die an der französischen Rheinlandbesetzung teilnahmen), „Eingeborene“ und „Rasse“. In einen Originaltext durch Streichung von Worten einzugreifen, erscheint mir als sehr oberlehrerhaft und einem Originaldokument nicht angemessen. Die schriftliche Erläuterung für dieses Verhalten, die Überschreibung solle irritieren und einen Raum öffnen, um sich aktiv mit Sprache als Bestandteil von Rassismus auseinanderzusetzen, macht die Sache auch nicht besser. Es ist und bleibt die Kritik gegenüber dem Autor, dass dieser die Begriffe benutzt hat.

An Suchbilder nach dem Motto „Wo ist der Fehler?“ erinnerte mich die Verhüllung von zwei Fotos, die zwei Schaufenster der Sarotti-Verkaufsstelle in der Tauentzienstraße 13 in den Jahren 1925 und 1928 zeigen. Beim besten Willen konnte ich im Foto mit den großen Schokoladenhasen keine rassistischen Figuren erkennen. Reichlich paternalistisch erscheint mir auch die gut gemeinte Handreichung in Form eines ausliegenden Glossars zur Ausstellung. Hier wird den BesucherInnen erläutert, warum bestimmte Worte in den Texten der Ausstellung durchgestrichen sind. Über den Schmachgehalt einzelner aufgeführter Begriffe lässt sich durchaus streiten.

Für mich blieb ein zwiespältiger Eindruck mit der Frage zurück, wie man in Ausstellungen mit historischen Texten, Fotos und Ausstellungsstücken umgeht, ohne sich auf einen Podest über die damaligen Autoren und Aktivistinnen zu erheben.

„Mit gepackten Koffern: Jugoslawische Gastarbeiter zwischen zwei Welten“

Marijan Karulovski

Die Geschichte der Gastarbeiter aus Jugoslawien ist auch eine Geschichte zwischen Aufbruch und Ankommen, und mittendrin: unsere Familie. Ich bin Student an der FU Berlin, wo ich Geschichte und Kunstgeschichte studiere. Zurzeit mache ich hier bei der Berliner Geschichtswerkstatt e. V. mein Pflichtpraktikum. Während meines Praktikums erhielt ich den Vorschlag, einen Artikel für den Rundbrief zu verfassen. Nachdem ich zugesagt habe, habe ich mir überlegt, welches Thema der Geschichtswerkstatt mit dem Motto „Grabe, wo du stehst“ in Einklang steht. Ich habe dann an die Geschehnisse meiner Großeltern gedacht, die als Gastarbeiter nach Deutschland kamen. Da ich ein Teil dieser Geschichte bin, inspirierte es mich, darüber zu berichten. So war es mir möglich, meine Oma, meine Mutter und meine Tante zu diesem Thema zu befragen.

Das Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Jugoslawien

Am 12. Oktober 1968 wurde das letzte von der Bundesrepublik Deutschland mit Jugoslawien abgeschlossene Anwerbeabkommen abgeschlossen. Die „Gastarbeiter“ wurden rekrutiert, als das Wirtschaftswunder der Bundesrepublik Deutschland zusätzliche „billige“ Arbeitskräfte erforderte. Jugoslawische Staatsbürger erhielten in der BRD einen Aufenthalt ohne zeitliche Begrenzung. Das Anwerbeabkommen bot den „Gastarbeitern“ die Möglichkeit, eine neue Zukunft zu beginnen. Zahlreiche Menschen verließen ihr Heimatland und kamen in die BRD, um dort mit schnellem Geld ein besseres Leben für sich und ihre Familien zu ermöglichen. Zu Beginn stellte dies eine gute Lösung für die Bundesrepublik Deutschland sowie für die Gastarbeiter dar. Meine Oma erzählte mir, dass sie zuerst nach Deutschland kam und später folgte ihr mein Opa. Beide gehörten zu den vielen Gastarbeitern. Vor der Abreise mussten sie jeweils eine medizinische Untersuchung durchlaufen. Die Ärzte in den Zentralstellen bestimmten, ob jemand für die Arbeit in Deutschland geeignet war oder nicht. Die Untersuchungen glichen einer Musterung zum Militär. Diejenigen, die gesund waren, durften nach Deutschland, da die deutschen Firmen nur gesunde Menschen haben wollten. Damals mussten meine Großeltern schweren Herzens meine Mutter und meine Tante bei den Urgroßeltern zurücklassen.

Ankunft am Münchener Hauptbahnhof und in Berlin

Die „Gastarbeiter“ kamen in einem vollbesetzten Zug in München an, wo man sie mit Verpflegung empfing. Anschließend flogen sie mit dem Flugzeug nach Berlin. Dort wurden sie mit Bussen abgeholt und in Wohnheimen untergebracht, inklusive 50 DM Begrüßungsgeld. Die Stille in der BRD verwirrte sie, da es keinen Lärm und keine schreienden Kinder gab, wie sie es von zu Hause gewohnt waren. Für viele „Gastarbeiter“ war dies der erste Kulturschock. Ordnung und Disziplin herrschten für viele gleichgesinnte Gastarbeiter, im Gegensatz zu dem Lärm und dem südlichen Temperament ihrer Heimatländer.

Prekäres Wohnen und Integration

Die Wohnsituation in den Wohnheimen war suboptimal. Die Aufteilung der Frauen und Männer in den Wohnheimen erfolgte getrennt. Oma teilte sich ein Zimmer von etwa 30 Quadratmetern mit zwei anderen Frauen, während die Gemeinschaftsküche mit noch mehr Frauen geteilt wurde. Am darauffolgenden Tag fuhren sie mit einer Dolmetscherin, die nur wenig Deutsch konnte, zu den verschiedenen Fabriken. Am ersten Arbeitstag wurde ihnen noch demonstriert, wie sie zur Arbeit fahren. Sie mussten später zusehen, wie sie allein klarkamen. Bei ihrer Ankunft in der Fabrik mussten sie sich erneut einer Gesundheitsprüfung unterziehen. Dann wurden sie durch die Abteilungen geführt und erhielten einen zugewiesenen Arbeitsplatz. Auch die Arbeitskleidung erhielten sie umgehend, und sie durften sogleich mit ihrer Arbeit beginnen. Für das Mittagessen in der Kantine erhielten sie Essensmarken. Meine Oma wurde bei Siemens angelernt und arbeitete dort viele Jahre. Sie hatte eine 40-Stunden-Woche und verdiente im ersten Monat 3,60 DM pro Stunde. Ab dem zweiten Monat erhielt sie mehr, da sie Akkordarbeit verrichtete. Sie gestand mir, dass die Arbeit sehr anstrengend war und dass sie sehr oft daran dachte, aufzuhören, doch der Gedanke, zurückzukehren mit leeren Händen, war für sie keine Option. Also meisterte sie die Arbeit täglich aufs Neue. Später wurden auch Männer angeworben, so kam mein Opa nach Deutschland. Zuerst arbeitete er als Kranfahrer und später als Baggerführer in verschiedenen Unternehmen sowie im Zoologischen Garten. Das Verständigen fiel beiden am schwersten. Mein Opa kommunizierte durch Gesten, während meine Oma sich mit wenigen französischen Vokabeln verständigte.

Lebensbedingungen in Deutschland

Da die „Gastarbeiter“ nur Gäste waren, war es der BRD zunächst nicht notwendig, konkrete Schritte zu ihrer Integration zu unternehmen. Ihr Aufenthalt in der BRD ist nur kurz. Meiner Großeltern Sichtweise nach war der Gedanke identisch. Wie sie mir berichtete, hatten sie vor, in kurzer Zeit das Geld aufzubringen und dann in die Heimat zurückzukehren. Weiter erzählte sie, wie sie den Großteil der Zeit damit verbrachten, sich um ihre Familien zu sorgen. Außerdem verrichteten sie Schwerstarbeit. Sie waren gezwungen, Akkord- oder Fließbandarbeit auszuführen. Sie mussten BVG-Tickets und Lebensmittel erwerben. Wenn sie dann im Urlaub waren, mussten sie die Tickets für die Heimat ebenfalls davon bezahlen. Sie hatten hohe Kosten. Wenn sie es schafften, etwas beiseitezulegen, mussten sie es in der Heimat für meine Mutter, meine Tante oder die Familie zurücklassen. Am Ende blieb wenig oder nichts übrig. Jeden Tag arbeiteten sie sich aufs Neue ab. Sogar viele Überstunden legten sie zurück, um sich ein Eigenheim in ihrem Heimatland zu errichten. Meine Großeltern litten unter dem Kummer und den Sorgen, dass die Jahre vergingen und sie ihre Kinder nur einmal im Jahr sahen. Doch noch schmerzhafter, wie sie mir offenbarte, war die Erkenntnis, dass ihr eigenes Kind sie nicht als Mama, sondern als Tante ansah. Aus diesem Grund entschieden sie sich spontan dazu, die Kinder mit nach Deutschland zu nehmen. Damit waren die schmerzhaften Trennungen vorbei, doch neue schmerzhafte Erfahrungen kamen. Das Leben in einem fremden Land war für meine Mutter und meine Tante sehr schwierig. Die Umstellung vom Dorfleben in einer riesigen Stadt und einer neuen Schule war fremd und schrecklich für sie. Der Unterschied war einfach viel zu groß. Sie wollten wieder zurück in die Heimat. Die Situation änderte sich, als sie in eine größere Wohnung von Charlottenburg nach Schöneberg zogen. Sie lernten dort jugoslawische Familien kennen und knüpften Freundschaften. Auch die Lehrer in der Schule waren freundlicher und zeigten mehr Verständnis. Trotz alledem blieben die metaphorischen Koffer ungeöffnet und die Fahnenstange wurde mit jedem weiteren Ereignis nach hinten verschoben. Es wurde lediglich gewünscht, dass die Kinder die Grundschule ... dann nur noch die Oberschule ... dann auch noch die Ausbildung etc. abschließen, um danach in die Heimat zurückzukehren.

„Die Heimatlosen“

Oma erzählte von den Anfängen, als sie in der Heimat Urlaub machten, und wie die Familie mit dem „witzigen“ Spruch „Die Deutschen kommen“ reagierte. Für sie war es nicht so schlimm, da sie immer für einen Spaß zu haben waren. Meine Großeltern unterstützten ihre Familien mit Geld und Sachleistungen. Im Laufe der Jahre vergisst man vieles aus dem mazedonischen Wortschatz.



Das Haus in Jugoslawien, Foto: Marijan Karulovski

Sie mussten sich in der BRD integrieren und richteten ihren Fokus zunehmend auf die deutsche Sprache. Sie erzählte, wie sie immer wieder mit Aussagen konfrontiert wurden wie: „Ihr seid schon so eingedeutscht, dass ihr eure eigene Sprache nicht mehr beherrscht.“ Solche Sprüche waren irgendwann nicht mehr lustig. Für meine Großeltern wurde es tatsächlich immer schwieriger, da sie die mazedonische Sprache nicht mehr so sicher sprachen, was in gewisser Weise auch für ihre Beziehung zu Deutschland galt. Sie hatten nie die Gelegenheit, die deutsche Sprache richtig zu erlernen, da sie hauptsächlich mit Ausländern arbeiteten. Sie lernten vieles von meiner Tante und Mutter. Das Eigenheim war endlich fertiggestellt, und meine Großeltern verbrachten ihre Urlaube gemeinsam mit meiner Mutter und Tante in der Heimat.

Doch der Ausdruck „die Deutschen“ wurde für sie zunehmend aufdringlich und unangenehm. Die einst herzliche Begrüßung blieb aus. Lag es vielleicht daran, dass sie nichts mehr zu geben hatten? Oder war es am Ende der Neid, der die Stimmung kippen ließ, da sie ein eigenes Haus besaßen, ein Auto fuhren und ihren Kindern Urlaubsreisen ins Ausland bieten konnten? Immer mehr Menschen wandten sich von ihnen ab. Mit der Zeit klang der Satz „Die Deutschen kommen“ nicht mehr willkommen heißend, sondern eher wie: „Was wollt ihr hier?“ Sie fühlten sich in ihrer Heimat fremd und schließlich hatten sie das Gefühl, „heimatlos“ zu sein. Manchmal frage ich mich, wo man weniger fremd ist. Die bedeutende Frage der Rückkehr wurde zunehmend unattraktiver. Meine Großeltern kamen als erste Generation nach Deutschland. Meine Tante und meine Mutter zogen als 2. Generation dazu, während meine Cousine und ich hier geboren wurden, wodurch wir zur 3. Generation werden. Obwohl viele der einstigen Gastarbeiter längst mit ihren Familien in Deutschland verwurzelt sind, bleibt die Rückkehrfrage ein Teil ihrer Identität zwischen der alten Heimat, die sich verändert hat, und dem neuen Zuhause, das nie ganz Heimat wurde. Unsere Integration hier ist so weit fortgeschritten, dass wir uns in der Heimat fremder fühlen als hier. Trotz unserer Herkunft und Geburt hier bewahren wir Traditionen und Bräuche aus dem ehemaligen Jugoslawien. Wenn ich diesen ganzen Sachverhalt Revue passieren lasse, erscheint es mir irgendwie ironisch, dass nun die mittlerweile erwachsenen Kinder nach Deutschland kommen, deren Eltern uns damals „Deutsche“ nannten.

Durch mein Praktikum wurde ich nicht nur Teil eines engagierten Vereins, sondern erhielt auch Zugang zu dessen Archiv und Bibliothek. Dort stieß ich auf das Buch „Jugoslawische Frauen, die Emigration – und danach“ von Mirjana Morokvasic. Darin entdeckte ich einige Parallelen zu den Erfahrungen meiner Großmutter, die mir als Inspirationsquelle und zur kritischen Reflexion dienten.

Fundstücke

Jürgen Karwelat

Im Laden der Berliner Geschichtswerkstatt finden sich nicht nur etwa 6000 Bände zur Berlingeschichte, sondern auch zahllose Ordner mit Dokumenten aus der Geschichte des Vereins. In einem Regal stehen auch Ordner aus der über 40-jährigen Geschichte der Dampfergruppe, zuweilen nicht so gut geordnet wie andere Teile des Archivs. So fiel mir das beiliegende Blatt in die Hände.

Es handelt sich um ein Schreiben des bekannten Schriftstellers und Feuilletonisten Heinz Knobloch aus Berlin-Pankow vom 8. Januar 1994. Der, wie er selbst sagte, nach Berlin verschleppte Dresdener war einige Male Gast bei unseren Schiffsfahren und hat bei der einen oder anderen Fahrt auch seine eigenen Texte vorgelesen, denn als Kind wohnte er am Landwehrkanal, Tempelhofer Ufer 16a, Vorderhaus, vier Treppen. In seinem Schreiben lobt er die 1993 fertig gestellte Broschüre der Berliner Geschichtswerkstatt „Immer den Frauen nach“, kritisiert aber auch auf seine freundliche Weise zwei Kapitel, indem er, wie ich finde, sehr zu Recht darauf hinweist, dass man auch bei einer Broschüre zur Frauengeschichte am Landwehrkanal darauf hinweisen müsste, dass der Matrose Max Reichpietsch nach dem so genannten „Matrosenaufstand“ im Jahr 1917 zu Unrecht als Rädelshörer erschossen wurde.

Etwas schmunzeln muss ich über seine Kritik des Textes über die Synagoge am Fränkelufer 10. Unser leider schon vor vielen Jahren gestorbenes Vereinsmitglied Gisela Hahn-Hantke hatte geschrieben „...die Frauen durften oben auf der Empore Platz nehmen; im Gemeinderat hatten sie selbstverständlich keine Stimme“. Diese Zurücksetzung verteidigt Heinz Knobloch mit dem Hinweis auf „uralte Gesetze“ und der praktischen Überlegung, dass die Frauen, wenn sie oben sitzen, die Männer nicht ablenken können. Womit denn? Wovon denn? Mit klaren Worten fordert er „ein bisschen mehr Toleranz“ und verurteilt die „nachträgliche feministische Korrektur“. Ich denke darüber nach, ob die Diskussionen heute, 32 Jahre später, immer noch so verlaufen.

Rundbrief 2/2025

HEINZ KNOBLOCH

Cornelia Carstens/ Margret Luikenga
 Berliner Geschichtswerkstatt e.V.
 Goltzstr. 49
 10781 Berlin

8.1.94.

Sehr geehrte Autorinnen,
 ich möchte Sie nicht kränken durch irgendeine herkömmliche Anrede.
 Ich erwarb Ihr vorzügliches IMMER DEN FRAUEN NACH! und bin angetan vom Inhalt. Unsereiner - um nicht "man" zu sagen - , kann Sie nur ermutigen zum Thema Spree.
 Genau das wird gebraucht! Und wenn Sie die Claire-Waldfoff-Büste als weiteres Berliner Frauen-Denkmal registrieren könnten...

Ich habe so viel für mich Neues und Unbekanntes erfahren und sage meinen Respekt für die Akribie Ihrer Forschungen. Ich weiß, welche Arbeit dahinter steckt.

Wenn Sie kritische Einwände erlauben:
38 - wurde Mildred Harnack nicht im Anhalter Bahnhof verhaftet?

28 - Der Straßenname Reichpietschufer - "der dann nach dem Krieg von Herrn Reichpietsch als Namensgeber abgelöst wurde". Sehr geehrte G.H.-H., wissen Sie, von wem Sie so oberflächlich-sorglos schreiben? Der "Herr" Reichpietsch - und über sein Dasein hätte ein Blick ins Nachschlagewerk Sie informiert - war Max Reichpietsch, der mit seinem Kameraden Alwin Köbis, den eine benachbarte Straße ehrt, 1917 den Aufstand der Kaiserlichen Flotte verursachen wollte und deshalb hingerichtet wurde. Unter dem Großadmiral Tirpitz - und daher war nach 1945 jene Straßenumbenennung eine demokratische Tat! Liebe Damen, seien Sie doch nicht so einseitig wie die geschichtsschreibenden Männer. Prüfen Sie bitte, ob nicht z.B. solche Matrosen etwas im Sinne der Mütter taten. Der Abschiedsbrief von Reichpietsch an seine Eltern hätte Ihr Buch als Zitat geschmückt.

12 - Auch hier müßten Sie sich ein bißchen mehr von den Fakten als vom Gefühl bewegen lassen. Es ist nun mal so nach dem Jüdischen Gesetz, daß die Frauen in der Synagoge oben sitzen. (Wie in der Moschee, um die Männer nicht abzulenken; was eine durchaus weise Maßnahme ist). Daher ist Seite 40 - "durften die Frauen oben auf der Empore Platz nehmen" keine Diskriminierung, sondern ein religiöses Gebot. Aber Ihre Überschrift des Artikels "... aber zum Beten gehen Sie oben rauf" ist eine glatte Mißachtung uralter Gesetze. Mit welchem Recht maßen Sie sich eine nachträgliche feministische Korrektur an über Menschen, die nach ihrem Gesetz lebten? In einer Umgebung zu Nazi-Zeiten?

Ein bißchen mehr Toleranz, bitte. Bei allem Respekt für diesen Band, dessen Fortsetzung ich erwarte.

Mit guten Wünschen,

Jenseits des Bolschewismus

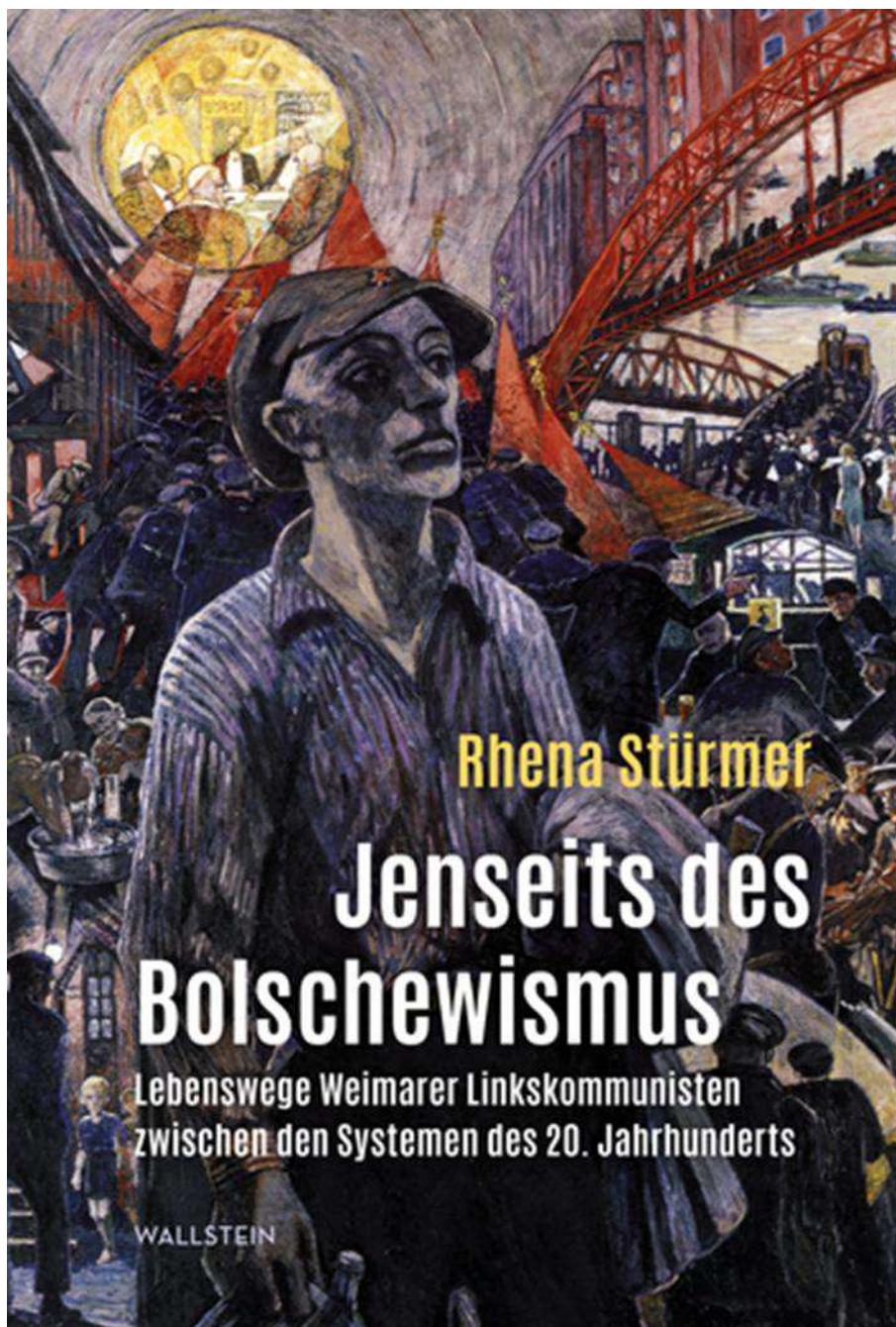
Gabriele Frydrych

Was haben ein armer Schäfer aus Franken, ein „Wandervogel“ aus Schwaben, ein Kunsthistoriker aus Pommern und ein Kaufmannssohn aus Hamburg gemeinsam? Die vier Männer gehören derselben Generation an, geboren in den 1880er Jahren des Kaiserreichs, erleben nach dem Ersten Weltkrieg die Novemberrevolution als Fanal. Sie alle werden leidenschaftliche Befürworter eines emanzipatorischen, demokratischen Kommunismus.

Sie lehnen das System der Sowjetunion ab, ebenso Wahlen, die Mitarbeit in Gewerkschaften und im Parlament: „Alle Macht den Räten – nieder mit dem Parlament!“ – Parlament und Gewerkschaften würden das Selbstbewusstsein der Arbeiter unterdrücken. Die vier Männer gelten als Linkskommunisten und stehen im Zentrum der spannenden Dissertation von Dr. Rhena Stürmer aus Leipzig, die am 17.11.2025 zu einem Werkstattgespräch in die BGW eingeladen ist. Souverän und kenntnisreich gibt die Referentin Auskunft über ihr Buch „Jenseits des Bolschewismus. Lebenswege Weimarer Linkskommunisten zwischen den Systemen des 20. Jahrhunderts“. (Diese Promotionsarbeit können Interessierte übrigens beim Wallstein-Verlag über Open Access kostenlos lesen oder für 49 Euro käuflich erwerben...)

Peter Lassau von der BGW moderiert die Veranstaltung und wählt als Einstieg das Titelbild des Buches, das Gemälde „Hamburger Werftarbeiter“ von Heinrich Vogeler, dessen Lebensweg äußerst wechselhaft und schwierig war.

Vogeler war übrigens, wie die vier Protagonisten dieser Dissertation, erst in der KPD, dann in der linkskommunistischen KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland). Auf diesem Gemälde sieht man ein eher nachdenkliches und fast bedrückt wirkendes Individuum – und keinen heroischen Arbeiter-Prototypen, der, umgeben von seinem Kollektiv, die rote Fahne hochhält, ganz im Stil des sozialistischen Realismus.



Wie auf diesem Gemälde steht im Linkskommunismus der Arbeiter als Subjekt im Mittelpunkt. Nicht die Partei, sondern die Proletarier selbst würden die Revolution initiiieren und gestalten. Die linkskommunistischen Organisationen ziehen neben Arbeiterinnen und Arbeitern auch Künstler und Intellektuelle an, die sich von einem direktdemokratischen Modell des Kommunismus inspirieren lassen.



Rhena Stürmer, Foto: Gabriele Frydrych

Rhena Stürmer stellt die vier Akteure ihrer kollektivbiographischen Arbeit vor, die bislang wenig erforscht waren. Für zwei von ihnen gibt es Gedenktafeln in Berlin, eine dritte ist in Planung.

Karl Schröder (1884 – 1950) Alexander Schwab (1887 – 1943)

Bernhard Reichenbach (1888 – 1975) Adam Scharrer (1889 – 1948)

Schröder ist ein Lehrersohn aus Pommern, er studiert in Berlin und ist zunächst SPD-Mitglied. Er lernt Franz Mehring kennen und wird von ihm stark beeinflusst.

Schwab kommt aus Stuttgart und setzt sich als „Wandervogel“-Mitglied und bei den Berliner Freistudenten für eine gleichberechtigte Gemeinschaft ein.

Reichenbach arbeitet in Hamburg zunächst als Schauspieler, studiert ab 1912 in Berlin, wo er Schwab kennenlernt. Sie prägen das freistudentische Milieu – als Gegengewicht zu den reaktionären Burschenschaften.

Adam Scharrer wächst mit 17 (Halb)Geschwistern in großer Armut auf. Er ist Hirte und geht für acht Jahre auf Wanderschaft. Beeindruckend ist die Großzahl seiner ab Mitte der 1920er Jahre erscheinenden Romane, u.a. „Vaterlandslose Gesellen“ – die proletarische Antwort auf Remarques „Im Westen nichts Neues“.

Zum Jahreswechsel 1918/19 wird die KPD gegründet. Deren linker Flügel hält an der Räte-Idee fest und lehnt den autoritären „staatskapitalistischen Kommunismus“ der Sowjetunion ab. Daraufhin wird der linke Flügel aus der KPD ausgeschlossen und gründet wenige Monate später, im April 1920, die KAPD. Damals hatten beide Gruppierungen, KPD und KAPD, jeweils 40.000 Mitglieder.

Es gibt übrigens auch in anderen Ländern diese Art des Linkskommunismus. 1924 hat die KAPD allerdings nur noch drei- bis viertausend Mitglieder. Wie kommt es zu diesem Niedergang? In der Weimarer Zeit verfestigt sich der Parlamentarismus. Das sowjetische Modell des Kommunismus setzt sich durch und mit ihm die KPD in Deutschland. Viele sind es müde, weiterhin um ein Rätesystem zu kämpfen. Es gibt interne Streitereien. Die KAPD löst sich nicht offiziell auf, alles verläuft irgendwie im Sand. Sie besteht bis 1933 und hält noch diverse Parteitage ab. (In der DDR-Geschichtsschreibung war die KAPD übrigens kein Thema.)

Adam Scharrer hält bis zur NS-Zeit zur KAPD. Schwab und Schröder gehen in die SPD und engagieren sich vor allem im Bereich Jugendbildung – allerdings nicht als Sozialdemokraten: Sie wollen die Strukturen der Partei nutzen, um neue linkskommunistische Zirkel entstehen zu lassen. Schwab wird 1943 von den Nazis verhaftet und stirbt im Zuchthaus Zwickau. Eine Gedenktafel für ihn ist am Haus in der Keithstraße 8 befestigt.

Reichenbach, ein assimilierter Jude, flieht 1935 nach London. Er kehrt sich von der KAPD ab: „Auch wir haben den Nazis den Weg bereitet.“ Bis zu seinem Tod 1975 arbeitet er in Großbritannien als Journalist. Rudi Dutschke interviewt ihn dort im Jahr 1969.

Adam Scharrer, der arme Hirte und Romanautor, flieht 1933 nach Prag und wird dann zu einem Schriftstellerkongress in Moskau eingeladen. Er bleibt in der SU und ist entsetzt über die Verhältnisse in den Kolchosen rund um Odessa. Zunächst kritisiert er die Zustände öffentlich, aber Kollegen raten ihm dringend ab. Er verstummt und bleibt bis 1945 in der Sowjetunion.

Durch eine graduelle Anpassung an die Umstände und die Mitarbeit im Moskauer Kulturapparat überlebt er die Stalinzeit. Danach geht er in die SBZ, schreibt aber nie über seine Erlebnisse in der SU. Er wird Kulturfunktionär in der SBZ, gilt als Querkopf und Querulant. Er stirbt 1948 in Schwerin an einem Herzinfarkt. Für ihn ist eine Gedenktafel in der Kaskelstraße 38 vorgesehen.



Schröder versucht nach dem Krieg, die Ideen der KAPD neu zu beleben. Er leitet die Volkshochschule in Neukölln, Schwerpunkt Erziehung und Bildung. Eine Gedenktafel für ihn findet man in der Fuldastraße 37.

Die vier Männer kannten sich und sind sich in unterschiedlichen Phasen nach dem Ende der KAPD immer wieder begegnet oder standen in brieflichem Kontakt. Obwohl ihre politische Bewegung gescheitert war, wurden sie nicht zu Nihilisten. Sie wollten immer „die unten“ vertreten und die Gesellschaft, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, verändern.

Interessiertes Publikum, Foto: Gabriele Frydrych

Impressum: Berliner Geschichtswerkstatt e. V., Goltzstr. 49, 10781 Berlin
Fon: 030/215 44 50

E-Mail: info@berliner-geschichtswerkstatt.de

Website: www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Redaktion: Sonja Miltenberger, Redaktionsschluss 1. Dezember 2025

